

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Zeilen die gespaltene Zeile 30 Pf.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Mustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr 78.

Sonnabend, den 4. Juli

1903.

### Freiwillige Versteigerung.

Das im Grundbuche für Wildenthal Blatt 38 auf Heinrich Ludwig Seidel, Bäckermeister in Wildenthal, Georg Hermann Seidel, Bäcker ebenda, und Georg William Seidel, Fleischer in Eibenstock, eingetragene Röhlen- und Bäckereigrundstück (Nr. 28 des Brandkatasters) soll am

16. Juli 1903, vorm. 10 Uhr

im Drechsler'schen Gasthose „zum Auersberg“ in Wildenthal

auf Antrag der Eigentümer freiwillig versteigert werden. Das Grundstück ist nach dem Flurbuche für Wildenthal 3 ha 37,3 a groß, besteht aus den Flurstücken Nr. 55 a, 67, 56, 65 a, 66, 60 e und 35 a; es ist mit 84,22 Steuerereinheiten belegt. Die Brandversicherungssumme beträgt 5870 M.

Die Versteigerungsbedingungen und sonstigen Unterlagen können auf der Gerichtsschreiberei, erstere auch beim Ortsrichter Seyer zu Wildenthal und im Gasthose „zum Auersberg“ daselbst eingesehen werden.

Im Anschluß an die Grundstücksversteigerung folgt im Seidelschen Grundstück die ortsgewöhnliche Versteigerung des Mobiliars.

Eibenstock, den 29. Juni 1903.

### Königliches Amtsgericht.

#### Land- und Landeskulturrenten auf 2. Termin,

Ortsanhangsteuer und Hundesteuer auf 2. Halbjahr 1903, Wasserzins auf 2. Termin 1903 sind in den bekannten Zeitabschnitten pünktlich zu entrichten. Stadtrat Eibenstock, am 1. Juli 1903. J. B.: Justizrat Landrock.

### Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gasthofsbesizers Emil Richard Drechsler in Wildenthal wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters,

zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf den

24. Juli 1903, vormittags 10 Uhr

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt. Eibenstock, am 1. Juli 1903.

### Königliches Amtsgericht.

#### Übung der Pflichtfeuerwehr

Sonntag, den 5. Juli 1903

früh 1/2 6 Uhr: Spritzenmannschaft Abteilung A,

früh 7 Uhr: Rettungsmannschaft „ A u. B

beide im Magazingarten,

vorm. 11 Uhr: Absperr- und Wachtmannschaft Abteilung A u. B

im Schulgarten.

Zur Abteilung A gehören alle dienstpflichtigen Personen, deren Familiennamen mit dem Buchstaben A bis M anfangen, zur Abteilung B alle übrigen Mannschaften.

Die Feuerwehrabzeichen sind zur Vermeidung von Bestrafung anzulegen.

Stadtrat Eibenstock, den 30. Juni 1903.

J. B.: Justizrat Landrock.

#### Der städt. Tierarzt, Herr Amtstierarzt Günther

ist vom 3. bis 20. Juli 1903 beurlaubt. Die normale Fleischschau übt während dieser Zeit Herr Kaiserfleischbeschauer Seyer hier aus. Die Stellvertretung in der wissenschaftlichen Beschau und Praxis hat der königl. Herr Bezirkstierarzt Freitag in Schwarzenberg übernommen.

Stadtrat Eibenstock, den 1. Juli 1903.

J. B.: Justizrat Landrock.

### Politischer Wochenbericht.

Der Besuch des amerikanischen Gesandten in Kiel hat zu einem Austausch sehr freundschaftlicher Kundgebungen geführt. Die amerikanischen Gäste sind mit außerordentlichen Ehren und Liebenswürdigkeiten bedacht worden, und sie werden den Eindruck mit in ihre Heimat nehmen, daß die Regierung und die öffentliche Meinung im Deutschen Reich die besten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wünschen. Offensichtlich trägt der Kieler Besuch dazu bei, daß sich beide Länder besser schätzen und danach mit einander leben. An gutem Willen fehlt es in Deutschland nicht, am allermeisten bei Kaiser Wilhelm. Auch das Verhalten der führenden Männer in der Union, besonders des Präsidenten Roosevelt, zeigt, daß in den maßgebenden Kreisen Deutschlands gegenüber eine durchaus freundschaftliche Gesinnung herrscht. Leider bleibt ein Teil der amerikanischen Presse bei der Deutschenhege und arbeitet dadurch für die Feinde beider Länder.

Der äußere Anlaß zu dem Besuch der amerikanischen Kriegsschiffe war die sogenannte Kieler Woche, der unter den Augen des Kaisers geführte friedliche Wettlauf der Ruder- und Segelsportvereine des In- und Auslandes. Immer wieder ruft Kaiser Wilhelm das deutsche Volk für das Seelernen zu erwärmen, weil er weiß, daß „unsere Zukunft auf dem Wasser liegt.“ Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß wir in einem Kriege unsere Weltstellung nicht bloß zu Lande zu verteidigen haben würden. Der Ausbau der Kriegsstotte ist daher für uns eine Lebensfrage. Zwar sind in letzter Zeit mehrere Schlachtschiffe, und schon erst wieder ein Panzerkreuzer, „Koon“, ihrem Element übergeben worden. Aber es dauert noch fünfzehn Jahre, ehe die im Flottengesetz vorgesehene Zahl unserer Schlachtpanzer erreicht ist, und was kann bis dahin über Deutschland hereinbrechen! Wir bedürfen vorher unter allen Umständen noch einer größeren Zahl von Auslandskreuzern, aber noch ist nicht jedermann bereit, der Marinerverwaltung die hierfür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Darum wäre es lebhaft zu wünschen, daß die großen Eindrücke der Kieler Woche ihre Wirkung auf weitere Volkskreise nicht verfehlen.

Unmittelbar von Kiel aus wird der Kaiser seine Nordlandreise antreten. Auch die Minister und Staatssekretäre rüsten sich zur Abfahrt nach der See oder dem Gebirge. Der Wahlkampf ist beendet; die letzten Stichwahlen sind vollzogen. Die deutsche Politik geht somit in die Sommerferien, und man kann ihr und ihren Trägern die Erholung wohl gönnen.

Ein weniger ruhiges Bild bietet Oesterreich-Ungarn. Die Lösung der ungarischen Ministerkrise, die nur durch ein Zurückweichen vor der chauvinistischen Obstruktion ermöglicht worden war, hat auf die Stellung der cisleithanischen Regierung eine unermutete Wirkung ausgeübt: das Kabinett des Herrn v. Körber, des gewandtesten Ministerpräsidenten, den Oesterreich seit langen Jahren gehabt hat, sieht sich veranlaßt, seine Entlassung zu nehmen. Durch das Abkommen des neuen ungarischen Kabinettschefs, Grafen Khuen Hedyerdy, mit der Unabhängigkeitspartei über die Wehrvorlage hält es sich für veranlaßt, daß es nicht mehr die Kraft fühlt, das Wehrgesetz im Herbst vor dem Parlament zu vertreten, sowie die Schwierigkeiten der parlamentarischen Erledigung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches zu überwinden. Auch Graf Khuen ist nicht auf Rosen gebettet. Die ungarische Unabhängigkeitspartei, deren Er-

folg die ganze Wirtnis heraufbeschworen hat, glaubt sich überbortelt und hat im Parlamente bei der Antrittsrede des Grafen Khuen einen argen Skandal provoziert.

Auf einer höheren Warte steht das Parlament in Frankreich. Die französischen Kammern haben durch ihre einstimmige Bewilligung der Kredite für die Reise des Präsidenten Loubet nach England und für den Empfang König Viktor Emanuels in Paris abermals bewiesen, daß sie in Fragen, die die internationale Stellung der Republik, insbesondere auch ihre Repräsentation nach außen betreffen, durchaus einig und zielbewußt sind. Mögen zuweilen die Parteigegegensätze auf das schärfste aufeinanderprallen, sobald die nationale Würde, der nationale Vorteil zur Diskussion stehen, schweigen alle Meinungsverschiedenheiten, und von der Rechten bis zu den Radikalen und Sozialisten herrscht Einmütigkeit. Das französische Parlament gibt darin der Volksvertretung in andern Ländern ein rühmliches Vorbild.

In Bulgarien machen sich kriegerische Stimmungen bemerkbar. Es scheint der Gedanke erwogen zu werden, ob nicht ein Krieg, zu dem man die Türkei herausfordern könnte, die beste Lösung der jetzigen heiklen Lage wäre. Von der oft bewährten Friedenspolitik Rußlands und Oesterreich-Ungarns wird man erwarten dürfen, daß sie solche kriegerischen Regungen nicht aufkommen läßt.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die diesjährige Nordlandreise des Kaisers nimmt am 6. Juli ihren Anfang. Der Kreuzer „Nymphe“ und das Dampfschiff „Steinern“ begleiten die „Hohenzollern“. Es ist eine Jubiläumsfahrt, denn zum zehntenmal dampft der Monarch mit der jetzigen „Hohenzollern“ nordwärts nach den Gestaden Norwegens. Damit hängt auch die Verlängerung des Aufenthalts in den Fjorden des Nordens zusammen. Der Kaiser beabsichtigt, alle Punkte aufzusuchen, die er während des letzten Jahrzehnts angelaufen hat. Es war im Herbst 1894, als er zum erstenmal mit der neuen „Hohenzollern“ in See stach, um die bis dahin wenig besuchte, an landschaftlichen Schönheiten reiche Küste des Nordens zu besuchen. Vorher hatte er Seereisen in der Ostsee, an der Küste Schwedens, in den russischen Gewässern, in der Nordsee und im Mittelmeer unternommen. Keine Fahrt gewährte ihm solche Befriedigung wie durch die Fjorde Norwegens. Seitdem hat er jahraus, jahrein diese Erholungsreise ausgeführt.

— Eine Keußerung, die der Kaiser während der Kieler Woche in einem Gespräch über die Reichstagswahlen zu einer bekannten Persönlichkeit über die Sozialdemokratie getan haben soll, wird vom „Konfessionär“ mitgeteilt. Der Kaiser erklärte danach, — wie wir mit allem Vorbehalt wiedergeben — daß die Sozialdemokratie eine Erscheinung sei, deren Entwicklung man abwarten müsse. Er halte es nicht für an der Zeit, in diese Bewegung einzugreifen. — Bekanntlich soll auch der Kaiser schon bald nach seinem Regierungsantritt gesagt haben: Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich schon selber fertig werden.

— Dem Ansinnen der Sozialdemokratie, ihnen bei der Wahl zum Reichstagspräsidium mit Rücksicht

auf die errungene Zahl von Mandaten einen Sitz im Präsidium zu gewähren, wird, falls dies Ansinnen tatsächlich erhoben werden sollte, wie die „Neue politische Korrespondenz“ hört, seitens der maßgebenden Ordnungsparteien nicht entsprochen werden. Dies ist auch nur natürlich. Denn kein königstreuer Mann würde sich bereit finden, unter diesen Verhältnissen in das Präsidium einzutreten, es müßte denn sein, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Vergangenheit bräche, ihre antimonarchische Tendenz verleugnete und sich lediglich als Arbeiterpartei konstituierte.

— Anlässlich der bekannt gewordenen Fälle von „Wahlmogelei“, die nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Großstädten sich ereignet haben, ist ein beschleunigtes behördliches Ermittlungsverfahren angeordnet worden. Die Wahllisten werden auf das genaueste insbesondere darauf geprüft, ob Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß Wahlberechtigte unter verschiedenen Namen zweimal oder gar dreimal gewählt haben. Weiterhin soll ermittelt werden, ob etwa planmäßige Vereinbarungen vorliegen, und von welchen Personen der Anstoß dazu ausgegangen ist. Die strafrechtlichen Folgen für die Schuldigen können sehr ernste sein, Gefängnis bis zu drei Jahren.

— Unter den Wahlkreisen, in welchen Stichwahlen stattfinden mußten, nimmt der Wahlkreis Pfalz 1 (Speyer-Ludwigshafen) eine ganz eigenartige Stellung ein. In der Stichwahl wurde gewählt Ehrhart (Soz.) mit 14 777 Stimmen. Dr. Eiben (Zentr.) erhielt 112 Stimmen. Das sonderbare Stimmenverhältnis rührt daher, daß das Zentrum, nachdem die Nationalliberalen Wahlenthaltung proklamiert hatten, ebenfalls die Partei: Wahlenthaltung! ausgab. Bei der Hauptwahl hatte Ehrhart 16 567 Stimmen erhalten. Der Kandidat des Zentrums erhielt 8095 Stimmen, der nationalliberale 6990 und der des Bundes der Landwirte 4745 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien zählten also 19 830 Stimmen gegen 16 567 des Sozialdemokraten. Der Zweifelpakt der bürgerlichen Parteien bei der Stichwahl überlieferte den Wahlkreis der Sozialdemokratie, und es ereignete sich der eigenartige Fall, daß der Sozialdemokrat so gut wie ohne einen Gegner blieb und mit nahezu 2000 Stimmen weniger als in der Hauptwahl siegte.

— Oesterreich-Ungarn. Wien, 2. Juli. Während einige Abendblätter melden, der Kaiser habe die Demission des Ministeriums Körber nicht angenommen, weiß die „Wiener Allgemeine Zeitung“ zu berichten, daß in der heutigen Audienz Körber beim Kaiser das Demissionsgesuch des Ministerpräsidenten nicht erwidert worden sei, der Kaiser vielmehr die Entschließung sich vorbehalten habe.

— Frankreich. Als Vorbereitung zum italienischen Königsbesuch hat Polizeipräsident Lepine die Polizeikommissare sämtlicher Pariser Stadtviertel angewiesen, die in ihrem Viertel wohnenden unzuverlässigen Ausländer, deren vollständige Liste und genaue Beschreibung er ihnen mitteilt, streng zu überwachen. Man scheint diesmal nicht gewillt, die unbehaglichen Gäste kurzerhand einzusperrn oder auszuweisen, wie es vor dem ersten Zarenbesuch geschah, und will sich mit scharfer Aufsicht begnügen.

— Serbien. Aus Belgrad wird berichtet, König Peter habe der Witwe des Obersten Raunovitch 20 000 Dinar, den Familien der vom Divisions-Kommandanten Nikolic erschossenen Oberleutnants Petrovitch und Gagitch je 2000 Dinar geschenkt. Die meisten an der Revolution beteiligten Offiziere hätten kostbare Geschenke, zumeist Uhren, erhalten. Auf diese